

Die Mitarbeit des Volkes

II.

Die Frage, die für die Kohle gestellt werden muß, drängt sich auch für das Brot auf: Was veranlaßt die Behörden, anzunehmen, daß die Schweiz solche Einschränkungen ablehnen kann, die sich die Länder auferlegen, mit deren Hilfe wir das Getreide beziehen? Frankreich hat die gesamte Luxus- und Zuderbäckerei kurzerhand abgestellt, obschon die Voraussetzungen der Brotversorgung günstiger sind, als für die Schweiz. Die großen Korngebiete des Westens sind von den Deutschen nicht besetzt; ein wesentlicher Teil der Transportchwierigkeiten zu Lande, mit dem wir zu rechnen haben, fällt weg — und nun kommt gar aus Amerika die Drohung einer Vorzugsbehandlung der Verbündeten auf Kosten der Neutralen.

Ueber unsere Getreide-Vorräte und die ins Auge gefaßten Sparmaßnahmen sind wir besser unterrichtet, als in bezug auf die Kohle. Herr Chuard hat in der letzten Sitzung des Nationalrates Zahlen gegeben, die die Lage beleuchten. Der Bedarf ist (nach den neuesten, eine Ausmahlung bis 90 Proz. vorsehenden Verfügungen) monatlich 3500 Wagen (früher 4000); vorhanden ist ein Vorrat von 13,000 Wagen, an dem gezehrt wird, und der nicht weiter als auf vier bis fünf Monate reichen kann. Vorbereitet ist die Einführung der Brotkarte, eine Tagesration von 275 Gramm ist vorgesehen. Die Inlanderate wird ausreichen für 700,000 Personen; sie wird zur Ernährung der Produzenten verwendet. Die Brotkarte wird nur für die übrigen, rund drei Millionen zur Anwendung kommen. Das ist ungefähr, was man von den Vorräten und den bevorstehenden Sparmaßnahmen weiß. Es wird nicht ohne weitere Einschränkungen abgehen. Im Dulden und Sichfügen wird sich auch hier die Mitarbeit des Volkes zeigen müssen.

Ein Glück nur, daß das nicht alles zu sein braucht. Es kann und es muß noch viel anderes geschehen, was bisher unterlassen worden ist. Nicht um Vorwürfe zu erheben, sondern um die Schlüsse aus den Folgen der Unterlassungen zu ziehen, darf man davon reden. Denn man hat doch wohl die Fehler einzig zu dem Zweck begangen, um dem ganzen Volk zu zeigen, daß es auf der breitgetretenen Bahn platt dahintrollender Gewohnheit unfehlbar an den Abgrund gerät, daß der Weg zum Heil durch Dornen und über Felsen führt. Der Handel ernährt uns nicht mehr; wir müssen das tägliche Brot aus dem eigenen Boden holen. Eine ganz große Anstrengung ist nötig. Hand an den Pflug! Die Erkenntnis von dieser Notwendigkeit ist gütlichherweise bei den Führern der Landwirtschaft vorhanden. Der Präsident des schweizerischen Bauernverbandes, Nationalrat Jenny, hat es in der letzten Session der Bundesversammlung ausgesprochen, daß kein Stück anbaufähigen Landes mehr der Kultur entzogen werden dürfe. Sobald der Handel versagt, tritt die Rückflucht auf die Rendite in den Hintergrund. Nicht um Geld handelt es sich, sondern um Brot, nicht bloß um die Landwirtschaft, sondern um die Existenz der ganzen Volkswirtschaft.

Mancherlei ist ja freilich getan worden. Die von lettender Stelle schon zu Anfang des Krieges ergangenen Mahnungen sind nicht ungehört verhallt. Der Ackerbau hat von Jahr zu Jahr zugenommen; über die gegenwärtige Getreidefläche sind allerdings, wie es scheint, die Fachleute nicht einig. Der eine spricht von 115,000, der andere von 160,000 Hektaren. Eine neue Vermehrung steht in Aussicht. Es lohnt sich, einen Rückblick zu werfen auf den Wandel der Anschauungen und der Anstrengungen.

Abgesehen von den erwähnten Ermahnungen und Aufmunterungen an den Bauernstand, mehr Getreide und Hackfrüchte anzubauen, beschränkte sich die amtliche Einwirkung auf die landwirtschaftliche Produktion im wesentlichen auf die Regelung des Umsatzes. Es wurde darauf Bedacht genommen, daß der Konsummilchpreis nicht sofort, der internationalen Konjunktur entsprechend, in die Höhe schnellte. Die Monopolisierung der Käseausfuhr und die Festsetzung der Höchstpreise für Milch und Milchprodukte sind die wesentlichsten Maßnahmen nach dieser Richtung. Sie wirkten einer weiteren Verschärfung der schon lange vor dem Kriege eingetretenen einseitigen Entwicklung

der Milchherzeugung entgegen; aber ein genügender Anreiz für den Ackerbau lag darin nicht. Der landwirtschaftliche Betrieb warf sich mehr auf die Viehzucht. Nun sind die Ställe überfüllt; es ist mehr Vieh im Lande als 1911, trotz des Futtermangels vom letzten Frühling, der verschiedenorts dazu führte, daß das Vieh mit der eigenen Milch auf den Weiden gehalten werden mußte. Da die Fleischpreise keineswegs im Maß der Vermehrung des Viehs zurückgingen (die Gründe sind öfters erörtert worden; sie liegen neben anderem in der Erhöhung der Futtermittelpreise, in der Entwicklung des Hypothekarmarktes und dem Steigen der Arbeitslöhne, wozu die lukrative Kompensationsausfuhr trat), so zeigte sich bald, daß mit Maßnahmen kommerzieller Art eine Umgestaltung der Betriebsweise nach den Bedürfnissen der nationalen Selbstversorgung unmöglich erreicht werden könnte. Auch das Steigen der Getreidepreise reichte nicht aus, um rechtzeitig den erforderlichen Umschwung herbeizuführen. Eine nach der Konjunktur gestaltete Betriebsweise stellt immer die tatsächlichen Verhältnisse des Marktes ab, sie folgt den Ereignissen, aber sie beugt ihnen nicht vor. Es kommt dazu, daß der Ackerbauer mehr Dach, mehr Werkzeug, mehr Arbeitskräfte braucht, als der Hirte und Viehzüchter. Zeit und Geld sind nötig für eine solche Neuorientierung. Sie kann also nicht ohne weitausschauende Organisation durchgeführt werden.

Als um die letzte Jahreswende die Hoffnungen auf den baldigen Frieden nach der amerikanischen Aktion wieder einmal ins Meer gefallen waren, kam der erste Ruck in der Richtung, die einzuschlagen man noch im Herbst 1916 glaubte ablehnen zu müssen. Eine kostbare Zeit war unterdessen verloren gegangen. Aber jetzt schien man sich ernstlich aufzuraffen.

Am 1. Febr. 1917 tagten im Ständeratssaal unter Vorsitz des Bundespräsidenten die nationalen Landwirtschaftsdirektoren, Vertreter schweizerischen Bauernverbandes, der Anleiherleitung und der an der Lebensmittelversorgung des Landes besonders interessierten Abteilungen des Militär- und des Volkswirtschaftsdepartements. Diese Konferenz malte eindringlich „zur höchsten Anstrengung der Kräfte im Dienste der einheimischen Nahrungsmittelproduktion“, verlangte „eine weitestmögliche Ausdehnung des Ackerbaues“, appellierte an freiwillige Mitarbeit, machte aber auch die Anregung, es möchten den Gemeinbehörden Kompetenzen eingeräumt werden, die das erforderliche Land zwangsweise in Anspruch nehmen und bedürftigen Familien zur Pflanzung abzutreten; gewisse Feldarbeiten möchten im Gemeinwerk und unter Mitwirkung der Schulen verrichtet werden. Von den Anforderungen der nationalen Selbstversorgung war das freilich noch weit entfernt. Daher kam schon der Bundesratsbeschluss vom 6. Februar 1917, der den Kantonen die Kompetenz zu einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen einräumte: Zwangspacht auf Rechnung des Kantons oder anderer Gemeinwesen und Korporationen, landwirtschaftlicher Hilfsdienst und Requisition von Werkzeugen (der Kanton Neuenburg hat in letzter Zeit kräftigen Gebrauch davon gemacht). Das Wesentliche aber ist die vom Bundesrat dem Volkswirtschaftsdepartement eingeräumte Befugnis, „den Kantonen vorzuschreiben, daß gewisse Minimalsflächen mit Getreide, Kartoffeln und Gemüse anzubauen sind“. Dazu gesellen sich Vorschriften über Pflege und Ernte der Kulturen usw.

Sehr viel mehr Erfolg als die früheren Ermahnungen und Aufmunterungen scheint bis heute dieser Beschluss nicht gehabt zu haben. Denn mit verstärkter Betonung ruft man nun in den Ratskälen nach mehr Ackerbau. Wir möchten uns neuerdings zu der an dieser Stelle am 17. Februar geäußerten Ansicht bekennen, daß die Aufgabe erst dann gelöst werden kann, wenn: 1. festgestellt ist, wieviel Ackerfläche die Schweiz zur Selbstversorgung und unter Wahrung des nötigen Milchbedarfes braucht; 2. diese Ackerfläche im ganzen Lande auf die für den Anbau geeigneten Grundstücke verteilt wird. Also nicht nach den Bedürfnissen der einzelnen Kantone oder Gemeinden, sondern nach den Bedürfnissen des ganzen Landes muß sich der Betrieb in jedem Landesteil richten, wenn das Höchstmaß erreicht werden soll. Kommt man zum Schluß, daß eine lückenlose Selbstversorgung nicht möglich ist, so hat man um so mehr Grund, wirklich jeden urbaren Boden nach einheitlichen Gesichtspunkten auszunützen. Auch die Ansicht, daß wir ein großes Inter-

esse an der Bebauung möglichst verschiedener Höhenlagen haben, muß neuerdings betont werden. Es liegt darin eine Garantie gegen mögliche Mizernten.

Eine so weitausschauende Neuordnung der Dinge braucht Geld, braucht wohl eine besondere finanzielle Aktion. Es wird viel gebaut werden müssen. Wir glauben, das Geld sei vorhanden. Es liegt sehr viel Geld im Land. Jedes Anleihen zeigt es wieder. Eine ganz große Gelegenheit würde sich bieten für eine nicht bloß passiv-beschauliche, sondern für eine tatkräftige Mitarbeit des letzten Schweizers, wenn die Behörden ernst machen mit dem Wort des letzten Neutralitätsberichts „Im Notfalle werden wir vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückschrecken.“ Der Notfall ist da. Das Brot, das wir den Aus- und Durchfuhrländern verdanken, droht einen fatalen Beigeschmack zu bekommen — wie Gefangenschaftsbrot.

Es geht nicht bloß ums Essen; es geht ums nationale Leben und um die Freiheit der Nation. Das muß das Volk wissen, dann wird es mitarbeiten und seinen Führern dankbar folgen, auch auf unbequemen Wegen. Nur ein großes Ziel solidarisiert die Kräfte einer Nation. Die Not hat uns das Ziel gesteckt. Die Gefahr wächst und drängt uns an den Scheideweg.